

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

260 (8.11.1920)

Hände die allein verantwortliche Behörde ist. Bei diesem Schlen- drian geht es mit Riesenschritten adwärts.

Während wir bei der Entwertung der Zahlungsmittel mit forgesetzt steigenden Preisen zu rechnen haben, ist in Eng- land das Pfund Merinowolle von 57 auf 80 d., ägyptische Baumwolle von 84 auf 49 d., Kakaos der Feinster von 140 auf 81 sh., Zucker von 131 auf 100 sh. gesunken! Die Bestände an Wolle sind, wie aus Amerika gemeldet wird, so umfangreich, daß bei dem ungenügenden Absatz mit einem erheblichen Rück- gang der Schafzucht gerechnet werden muß. Mit welchem Emp- finden müssen wir diese Mitteilung aufnehmen, wo in jeder Familie ein reichlicher Bedarf an Kleidung vorhanden ist. Dort ein Ueberfluß, hier harte Entbehrung, die zu beheben wir zu arm sind. Die Entwertung unserer Zahlungsmittel läßt uns selbst bei niedrigen Preisen im Ausland keine billige Ware auf den Inlandsmarkt bringen. Unsere Notlage aber wird noch verschlimmert durch das zügellose Treiben auf dem Warenmarkt.

Was Wilhelm kostet

Der „Vorwärts“ schreibt: Der Rechtsausschuß der preu- ßischen Landesversammlung hat am Mittwoch wieder einmal acht Stunden über den Vergleich zwischen dem ehemals regieren- den Hause Hohenzollern und dem Staate Preußen verhandelt. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Landesversammlung die Vorlage noch berätigt; die entscheidende Opposition, die ihr in engstem Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Unabhängigen gemacht wird — unbeschadet gewisser Uebereinstim- mungen, die ebenso gleichmäßig der unabhängigen Minister Dr. Rosenfeld und der sozialdemokratische Minister Dr. Südekum be- zogen haben — wird es schwerlich gestatten, dieses Abfindungs- geschäft durchzusetzen, obwohl das Justizministerium, politisch geleitet von dem Ministerialdirektor Dr. Kübler, sich die größte Mühe gibt.

Insmerhin bieten die Verhandlungen, auch wenn sie ohne unmittelbare politische Wirkung bleiben, mancherlei Inter- essantes.

Als Sachverständiger ist vom Justizministerium — leider unter Führung der anderen Minister — der Königsberger Pro- fessor Heilmann hinzugezogen worden, der geschichtlich und juristisch begründen soll, warum den Hohenzollern noch hunderte von Millionen aus dem Elend des Volkes zukommen. Zu diesem Zweck erzählte der Herr Professor, die Hohenzollern seien keineswegs arm nach der Mark Brandenburg gekommen; sie seien schon im 12. und 13. Jahrhundert ausgezeichnete Ge- schäftsmänner gewesen und hätten den reinkapitalistischen Stand- punkt damals ganz scharf herausgehoben. Ein späterer Hohen- zoller, Joachim II., habe sich freilich stark in Schulden ge- rückt; schließlich hätten die Stände 24 Millionen Gulden Schulden für ihn übernommen. Aber die Stände seien dabei nicht zu kurz gekommen, denn ihnen sei dafür die ganze Steuer- erhebung erlassen worden und so sei auch die Bevölkerung, die „damals etwas zu sagen hatte“, voll zufriedengestellt gewesen. Natürlich soll diese Mederei bedeuten, daß der Hohenzoller und die Junker zusammen dem Volke das Fell über die Ohren ge- zogen haben. Im 18. Jahrhundert gelang es allmählich durch- zusetzen, daß die Hohenzollern Staatseigentum und Gelder der Hofverwaltung auseinanderließen. „Aber seit jenem Tage“, erzählt der Herr Professor, „arbeiteten sie planmäßig auf Ver- mehrung ihres Schatzkammervermögens hin, ausgehend immer von der Ueberzeugung, daß nur wohlhabende Fürsten etwas zu be- deuten hätten.“

So ist es denn auch den Hohenzollern gelungen, zu er- zeichnen, daß ihnen die Kurien jetzt riesige Summen als Privatvermögen anrechnen wollen. Erstweilen hat man Wil- helm nach Holland 51 Millionen Mark und im Januar 1919 eine Million Gulden (das waren damals mindestens 45 Mil- lionen Mark) geschickt; außerdem die Mobilien zur Ausstat- tung des Schlosses Doorn. Ebenso haben die Prinzen bis zum Juni 1919 ihre Apanage aus der Staatskasse bezogen, seitdem aus der Kronasse, dem angeblichen Privatvermögen der Hohenzollern; in letzter Zeit hat man ihnen die Apanage auf zwei Drittel der früheren Höhe gekürzt. Die hohen Zu- weisungen an Wilhelm erklärte der Ministerialreferent damit, daß die „hochherzig gewährte Gastfreundschaft“ des Grafen Bentinck in Amerongen täglich etwa 1000 Gulden (das sind gegenwärtig 25000 Mark) gekostet hätte. So hat wenigstens Wilhelm an das Finanzministerium der Republik berichtet, als er wieder einmal Geld brauchte. Der nach Doorn geschickte „Hausat“ ist noch nicht ganz genau festgesetzt. Ein vorläufi- ges Verzeichnis lautet an: „Fischlernetzwerke, ein Schleifstein.“ Mit ähnlichen Utensilien geht es noch eine Weile fort. Daß man auch einige wertvolle Gemäde und ziemlich viel Silber- zeug mitgeschickt hat, geht aus der Nachweisung nicht hervor, die nur summarisch kassenweise berichtet; aber es wird noch näher festgesetzt werden.

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

Als er am anderen Morgen in die Herrenstube hinabging, wo sich um sieben Uhr gewöhnlich die Familie zum Frühstück versammelte, kam ihm Marie mit verwinkelten Augen entgegen. Sie führte ihn auf die Seite und flüsterte ihm zu: „Trist leise ein, Georg! der Ritter aus der Höhle ist im Zimmer. Er ist vor einer Stunde ein wenig eingeschümmert. Wir wollen ihn diese Ruhe gönnen!“

„Der Geächtete!“ fragte Georg staunend, „wie kann er es wagen, noch bei Tag hier zu sein? Ist er krank geworden?“

„Nein!“ antwortete Marie, indem von neuem Tränen in ihren Wimpern hingen. „Nein! Es muß in dieser Stunde noch ein Rote von Tübingen anlangen, und diesen will er erwarten. Wir haben ihn gebeten, sich zu weiden, er möchte doch vor Tag hinab- gehen, er hat nicht darauf gehört. Hier will er ihn erwarten.“

„Aber könnte denn der Rote nicht auch in die Höhle hinab- kommen?“ warf Georg ein. „Er setzt sich ja umsonst dieser Ge- fahr aus.“

„Ach, du kennst ihn nicht, das ist sein Trost; wenn er sich einmal was in den Kopf gesetzt hat, so geht er nicht mehr davon ab. Und nur zu leicht wird er mißtrauisch; deswegen konnten wir ihm nicht sehr zureden, wozugehen; er hätte glauben können, wir tun es nur wegen uns. Sein Hauptgrund zu bleiben ist, daß er sich gleich mit dem Vater beraten will, sobald er Nach- richt bekommt.“

Sie waren während dieser Rede an die Tür der Herrenstube gekommen, Marie schloß so leise als möglich auf und trat mit Georg ein.

Die Herrenstube unterschied sich von dem großen Gemach im oberen Stock nur dadurch, daß sie kleiner war. Auch sie hatte die Aussicht nach drei Seiten, durch Fenster mit kleinen runden Scheiben, durch welche sich die Morgenröte in vielfarbigen Strahlen brach. Dede und Wände umgob ein Gefäß von schwarzbraunem Holz, mit farbigen Holzern kunstreich ausge- legt. Einige Ahnenbilder der Lichtensteiner schmückten die Wand, welche keine Fenster hatte, und Tische und Gerätschaften zeigten, daß der Ritter von Lichtenstein ein Freund alter Sitten und Zeiten sei und seinen Hausrat, wie er ihn vom Großvater empfan- gen hatte, auch auf die Tochter vererben wolle. Vor einem großen Tisch in der Mitte des Zimmers saß der Herr des Schlo-

Die Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, für Wilhelm alle beweglichen Gegenstände freizugeben, die von den Hohenzollern während der Regierungszeit Wilhelms II. ange- schafft worden sind. Begründet bemerkte sie, es handle sich durchweg um „Gegenstände ohne besonderen Wert“, und als darüber Erlaßungen herrsche, „noch ist huldig der Kunstschwerm- ständige und verlässliche einzuzeichnen.“ Sie können mir glau- ben, daß alle Güter durchgängig aus der wilhelminischen Ära ohne jeden Kunst- oder kulturgeschichtlichen Wert sind.“ So bekam denn Wilhelm über alles, was er in 30 Jahren Re- gierung angehäuft hat, auch nach Holland frei verfügen. Dem Drängen muß alles zum Verzeihen dienen.

Das Justizministerium hatte übrigens in seinem Eifer, Wilhelm zu dienen, Vertreter des früheren Reichs- und jetzigen Hausministeriums zur Beratung in die Sitzung des Rechtsausschusses mit eingeladen. Die sozialdemokratischen Vertreter erhoben gegen die Annahme dieser Delegation der Monarchie Einspruch und der Vertreter des Staatsmini- sters erklärte, daß das letztere von der Eigenmächtigkeit des Justizministers keine Kenntnis habe und maßgebend ernst Bedenken geäußert hätte, wenn es über die Macht in- formiert worden wäre. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums beschloffen, die Eingela- denen an den Beratungen nicht teilnehmen zu lassen.

Eine Rußlandreise

Bericht der Berliner Gewerkschaftsdelegation

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte drei ihrer Mit- glieder: Rusch (Metallarbeiter), Czerni (Buchbinder) und Schumacher (Schneider) nach Rußland geschickt, um die wirt- schaftlichen und Arbeiterverhältnisse Rußlands an der Quelle zu studieren. Die Delegation ist nach einer Abwesenheit von elf Wochen (einschließlich Hin- und Rückreise) beurlaubt und hat am Donnerstagabend in einer Vollversammlung der Ge- werkschaftskommission über die Ergebnisse ihrer Studienfahrt Bericht erstattet.

Sehr ausführlich berichteten die Redner laut „Vor- wärts“ über das, was man ihnen in Rußland gesagt und ge- zeigt hat. Das Bild, das man sich im allgemeinen auf Grund der bekannten Tatsachen über Rußland machen konnte, wurde durch die Berichte nicht verändert, sondern nur durch Einzelheiten vervollständigt, und zwar im wesentlichen nach der Klageseite hin, soweit man bei den gegenwärtigen Zuständen in Rußland überhaupt von einer Klageseite reden kann. Hier und da klangen in der Berichterstattung auch Unter- tone an, die den Zuhörer daran erinnern, daß

in Rußland Not und Elend herrschen. Aber über diese Schattenseiten der russischen Ver- hältnisse sprachen die Berichterstatter nicht. Vielleicht hat man sie in Rußland so geschickt geführt, daß sie an Not und Elend vorbeischießen mußten, oder sie haben es gesehen und hielten es nicht für zweckmäßig, ihren Berliner Mandatgebern die Schat- tenseiten des russischen Lebens zu schildern.

Rusch, der eingehend über die Entwicklung der russischen Industrie vor dem Kriege sprach, sagte, daß durch den Krieg des Jaren und den nachfolgenden Bürgerkrieg

Industrie und Verkehr ruiniert sind, und daß jetzt die Volkswirtschaft die größten Anstrengungen machen, um das Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Dabei werden manche Fehler gemacht. Man sucht nach den rich- tigen Methoden, aber es ist zu erkennen, daß doch etwas getan wird, und man sieht bereits Anzeichen des beginnenden Erfolges. Die Wirtschaft ist streng zentralistisch und organisiert. Diese Organisation funktioniert auch gut, aber sie ist mit einem viel zu großen bürokratischen Apparat behaftet. So sind beispiels- weise in dem bekannten Werke in Kowno

neben 5000 Arbeitern 1000 Angestellte beschäftigt, die man deshalb hält, weil man hofft, das Werk in absehbarer Zeit wieder auf den Friedensstand von 16 000 Ar- beitern bringen zu können. Rusch hat einige Fabriken der Me- tallindustrie gesehen. (Man wird ihm natürlich nur solche ge- zeigt haben, die sich vor einem Berliner Arbeitervertreter allen- falls sehen lassen können.) In den technischen Einrich- tungen fehlt noch manches, namentlich Spezialwerkzeuge und Werkzeugmaschinen, die früher aus Westeuropa eingeführt wur- den. Aber man behilft sich so gut es geht und kommt allmäh- lich weiter.

Um die Arbeiter zur größtmöglichen Leistungsfähigkeit anzuhalten, werden für die über ein gewisses Pensum hin- ausgehenden Arbeitsleistungen Prämien in Form von Lebens- mitteln und Bedarfsartikeln gewährt. Die Prämien steigen progressiv mit den Leistungen. Von der kollektiven Leitung der Betriebe ist man abgegangen und hat wieder die Leitung von allein verantwortlichen Einzelpersonen eingeführt, weil unter

seß. Er hatte sein Kinn mit dem langen Bart auf die Hand gestützt und schaute finstler und regungslos in einen Becher, der vor ihm stand. Die Beintannen und Dederstränge auf dem Tisch, der Becher vor dem alten Herrn machte, daß man ungewiß war, ob er die Nacht beim Becher zugebracht habe, oder ob er so frühe am Tage sich durch einen guten Trunk Kräfte sammeln wollte.

Er grüßte seinen jungen Gast, als dieser an den Tisch zu ihm getreten war, durch ein leichtes Nicken des Hauptes, in- dem ein kaum bemerktes Zucken um seinen Mund zog. Er wies auf einen Becher, des Inhalts um seinen Mund zog. Er verstand den Wink, schenkte einen Becher voll und kredenzte ihn dem Gekommenen mit jener hohen Anmut, die allem, was sie hat, einen eigenwilligen Stempel aufdrückt. Georg setzte sich an die Seite des Alten und trank.

Dieser riefte ihm näher und flüsterte ihm mit heiserer Stimme zu: „Ich fürchte, es steht schlimm!“

„Habt Ihr Nachricht?“ fragte Georg ebenso heimlich.

„Ein Bauer sagte mir heute früh, gestern Abend haben die Tübingen mit dem Bunde gehandelt.“

„Gott im Himmel!“ rief Georg unwillkürlich aus.

„Seid still und weht ihn nicht! Er wird es nur zu frühe erfahren“, entgegnete ihm jener, indem er auf die andere Seite der Stube deutete.

Georg sah dorthin. In einem Fenster der Seite, die gegen den jähren Abgrund liegt, sah der geachtete Mann. Er hatte den Arm auf das Sims gestützt, die sorgenvollen Stirne, das vom Nachen müde Auge lag in der letzten Hand — er schlummerte. Sein grauer Mantel war über die Schultern herabgeschliffen und ließ ein abgetragen, unheimliches Ueberbleibsel sehen, in das die kräftige Gestalt gehüllt war. Sein krauses Haar fiel nachlässig um die Schläfe, und einige Büschel des gerollten Bartes quollen unter der Hand hervor.

Zu seinen Füßen lag sein großer Hund. Er hatte seinen Kopf auf den Fuß seines Herrn gelegt, seine treuen Augen hingen teilnehmend an dem Haupt des Geächteten.

„Er schläft“, sagte der Alte und gerührte eine Träne in den Augen. „Die Natur fordert die Schuld an den Körper und unbillig die Seele mit einem wohlthätigen Schleier. Er atmet leicht. O daß es beruhigende Träume wären, die ihm vorwärts- führen! Die Wirklichkeit ist so traurig, wer sollte ihn nicht wün- schen, daß er sie im Traume vergißt!“

„Es ist ein hartes Schicksal!“ erwiderte Georg, indem er wehmütig auf den Schlafenden blickte. „Vertrieben von Haus und Hof, verachtet, in die Wüste hinausgeschickt! Sein Leben jedem

diesem System mehr als unter der kollektiven Leitung geleistet wird.

Das Bild der russischen Industrie ist trübselig. Nur der baldige Frieden und die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Westeuropa, besonders mit Deutschland, kann Rußland — so schloß Rusch — die Möglichkeit geben, seine Industrie wieder vollständig aufzubauen.

Czerni berichtete über die russische Gewerkschaftsbewegung. Sie steht fast ausschließlich im Dienst des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, zieht Arbeiter vom Lande nach den Industriestädten heran und sorgt für Schulung und Ausbildung für die Pro- duktion. Die russischen Gewerkschaften haben also ganz andere Aufgaben zu erfüllen als die Gewerkschaften in Westeuropa. Was Rusch von der Wirtschaftsorganisation sagte, das hat Czerni auch bei den Gewerkschaften bemerkt: Sie sind mit einem viel zu großen bürokratischen Apparat umgeben. In den Bureaus sind Bourgeoischichten, ja sogar adelige Damen als Staatsfunktionäre und Bergleuten beschäftigt. Diese Damen arbeiten nicht aus Interesse an der Sache, sondern nur des Er- werbs wegen.

Schumacher hat Anzeichen des kulturellen Aufbaus ge- sehen, wozu vor allem

die Einführung des Schulzwangs gehört. Ueber die Frage der Auswanderung nach Rußland hat er mit dem Vorsitzenden der Arbeiter- und Soldatenräte in Moskau und Petersburg sowie mit dem Staatsrat für Aus- wanderung gesprochen. Alle sind darin einig, daß den deutschen Arbeitern die Auswanderung nach Rußland nicht anzuraten ist. Wer auswandern will, muß es auf eigene Verantwortung tun und in dem Bewußtsein, daß er

unter Opfern und Entbehrungen am Aufbau Rußlands im kommunistischen Sinne mitarbeiten will. Einige Ausführungen, die Schumacher zum Schluß über die Gewerkschaftsfrage machte, zeigen, daß er in Rußland hier kommunistisch beeinflusst worden ist. Durch eine Aussprache mit dem russischen Gewerkschaftsführer Tomsky ist Schumacher zu der Ansicht gekommen, daß die Kommunisten berechtigt sind, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaften unter ihren bestmöglichen Einfluß kommen und daß man deswegen niemand aus der Gewerkschaft ausschließen soll. Die Gewerkschaften aus dem Banne der Amsterdamer Internatio- nale zu befreien, sei ein durchaus gejunger Gedanke der russi- schen Kommunisten.

Unter lebhaftem Widerspruch eines Teils der Ver- sammlung betonte Schumacher mit großer Entschiedenheit, er werde dafür eintreten, daß der von der Moskauer Centrale geplante Internationale Gewerkschaftskongress auch aus Deutsch- land besetzt werde.

Ein amfänger russischer Gewerkschaftsdelegierter V. L. Lind gab in russischer Sprache einige Ergänzungen zu den Ausführungen der Berichterstatter. Seine Rede wurde von seiner Begleiterin ins Deutsche übertragen. Er war kein sach- lich und enthielt sich — anders wie Solowjow und Sinowjew — jeder Polemik gegen die deutschen Gewerkschaften.

In einer nächsten Woche stattfindenden Versammlung sollen die Ausführungen der Berichterstatter besprochen werden.

Deutscher Reichstag

Die Vergewaltigung von Cuxen — Deutschland erkennt die Abstimmung nicht an

Berlin, 8. November.

Haus und Tribünen sind zu Beginn der Sitzung schwach besetzt. — Die Interpellation Schäffer u. Gen. betreffend die Souveränität über Cuxen und Malmedy wird mit der In- terpellation Kroll über die besetzten Gebiete des Rheinlandes verbunden.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) begründet die Interpellation, indem er auf die flagrante Rechtsverletzung, die Rechtsbrüche und Ver- gewaltigung hinweist, die in der Annexion der Kreise Cuxen und Malmedy liegen. Sie sei ein würdiger Seitenstoß zu der gewaltsamen Fortnahme unserer Kolonien. Zu den Rechts- brüchen und der Vergewaltigung im Saargebiet erhebe er heute offen auf der Tribüne Anklage gegen die Entente wegen Ver- tragsverletzung, Rechtsbruch und Vergewaltigung und erwar- te eine Antwort. Komme sie nicht, so werde er vor aller Welt laut erklären: Keine Antwort ist auch eine Antwort! Die Ver- hältnisse im Rheinland seien nicht mehr zu ertragen. Der Frieden gebe nur der Entente Rechte, und dagegen unerträgliche Lasten und Pflichten. An den Kosten der Besetzung müsse das deutsche Volk verhalten. Zu welchem Zwecke müsse die Besat- zung so wesentlich höher sein als die ganze Reichswehr Deutsch- lands? Zu tun habe die Besatzung nichts, daher die Klagen

haben preisgegeben, der in der Ferne seinen Völkern auf ihn an- gelegt. Bei Tag unter der Erde, bei Nacht wie ein Dieb umher- schleichen zu müssen! Wahrheit, es ist hart! Und dies alles, weil er seinem Herrn treu war, und jene Völkern nach seinen Gütern gelüht.“

„Der Mann dort hat manches verheißt in seinem Leben“, sprach der Ritter von Lichtenstein mit einem tiefen Ernst. „Ich habe ihn beobachtet seit den Tagen seiner Kindheit bis zu dieser Stunde; ich kenne ihn das Zeugnis geben, er hat das Gute und Rechte gewollt. Zuweilen waren die Mittel falsch, die er anwandte, zuweilen verstand man ihn nicht, zuweilen ließ er sich von der Hitze der Leidenschaft hinreißen — aber wo lebt der Mensch, von dem man dies nicht sagen könnte? Und wahrlich er hat es drauf am geübt!“

„Er hielt inne, als hätte er schon mehr gesagt, als er sagen wollte, und umsonst suchte Georg über den Vertriebenen mehr zu erfahren. Der Alte versank in Stillschweigen und tiefes Sinnen.“

Die Sonne war über die Berge heraufgekommen, die Nebel fielen, Georg trat ans Fenster, die herrliche Aussicht zu genießen. Unter dem Heizen von Lichtenstein, wohl dreihundert Meter tief, breitet sich ein liebliches Tal aus, begrenzt von waldigen Höhen, durchschnitten von einem eilenden Waldbach. Drei Dor- fer liegen freundlich in der Tiefe. Dem Auge, das in dieses Tal hinabsieht, ist es, als sähe es aus dem Himmel auf die Erde. Steigt das Auge vom tiefen Tale auswärts an den waldigen Höhen, so begegnet es malarisch gruppierten Felsen und den Bergen der Alb, hinter dem Berggraben liegt die Burg Adalwin hervor und begrenzt die Aussicht in der Nähe. Aber vorbei an den Mauern von Adalwin bringt rechts und links das Auge tiefer ins Land. Der Lichtenstein liegt den Wäldern so nahe, daß er Württemberg überragt. Bis hinab ins tiefste Unterland können frei und ungehindert die Blicke streifen. Entzückt ist der An- blick, wenn die Morgenröte ihre Strahlen über Württemberg sendet. Da breiten sich diese herrlichen Gestirde wie ein buntes Teppich vor dem Auge aus. In dunklem Grün, in kräftigem Braun der Berge beginnt es. Alle Farben und Schattierungen sind in diesem wunderbaren Gemälde, das in höchstem Maße endlich mit der Morgenröte bereinigt. Welche Ferne von Lichtenstein bis Adalwin, und welches Land dazwischen! Es ist kein Pfadland, keine Ebene. Viele Wellungen von Hügel und Bergen ziehen sich hinauf und herunter, und von Hügel zu Hügel, welche breite Täler und Ströme in ihrem Schoße bergen, blickt das Auge zu dem fernen Horizont.

(Fortsetzung folgt.)

über Uebergang zur Seite 2

die durch die Trübsal der Zeit

über Uebergriffe und Vergewaltigungen. Dazu kommt die Reorganisation gerade des besten Geländes für Erziehungszwecke, die Truppen und speziell der Offiziere fordern zu schärfsten Protesten heraus. Die Tätigkeit der Rheinlandskommission ereignete sich gleichfalls Anstoß. Sie verlangt für sich ein Bestätigungsrecht für die neuernannten Beamten und nehme das Ausweisungsrecht in Anspruch. Die Amerikaner seien besonders rücksichtslos. Sie requirierten Wohnungen und richteten sie um sich und richteten eine beispiellose sittliche Verwilderung an. Von der Loyalität der amerikanischen Regierung sei er überzeugt. Jedenfalls lenne sie die Zustände nicht. Das Ausweisungsamt möge der amerikanischen Wirtschaft die Augen öffnen. In anderen Gebieten sei die Lage nicht anders. Noch heute werden farbige Truppen für die Besetzung verwendet. Eine Kulturhandlung! Anständige Damen dürfen sich dort nicht mehr auf der Straße sehen lassen, ohne den schlimmsten Verläumdungen ausgesetzt zu sein. Dazu kommt das Verbot der französischen Behörden, die Rheinländer allmählich mit französischen Zerstörern zu durchdringen, was mit dem Friedensvertrag im direkten Widerspruch steht. Theater usw. würden in französischer Sprache geleitet. Die Idee, Deutschland plane einen Neuanfang, sei zu einer fernen Idee bei unseren Nachbarn geworden. Wenn unsere eheliche Verständigungsarbeit kein Echo findet, so kann man uns keine Vorwürfe machen. Nebenfalls werden alle Verträge schiefgehen, die Rheinländer von ihrer deutschen Gesinnung abzugeben.

In der Eupen-Malmédyfrage sehe der Friedensvertrag die Vollstreckung vor, allerdings in anderer Form als in den übrigen Landesteilen. Jedenfalls war eine Volksabstimmung vorgesehen, die die freie Willensäußerung betrafte. Die belgische Regierung habe aber nur eine belagerte Festung Propaganda zugelassen, den Deutschen in der größten Schwierigkeit in den Weg gelegt. Der Protest des deutschen Volks habe unbeachtet geblieben. Das neutrale Ausland teile unsere Auffassung und bezeichne das Verhalten des Völkerbundes als ein unwürdiges Gaußspiel. Den Deutschen in Eupen und Malmédy aber werden von ihrer Treue mit Treue vergeltet.

Nedner schließt mit der Frage an die Regierung, ob der Völkerbund überhaupt berechtigt gewesen sei, die Entscheidung in dieser Frage zu treffen und ob nicht vielmehr das Plenum des Völkerbundes allein dieses Recht besitze. Die Ratifizierung des Völkerbundes müsse ein neuer Völkerbund kommen, der im Zeichen der Versöhnung stehe.

Minister des Äußern Dr. Simons betont das Mitgefühl nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch des Auslandes an dem Schicksal von Eupen und Malmédy. Auf alle Proteste und Eingaben der deutschen Regierung sei keine Antwort erfolgt. Man wisse überhaupt nicht, ob unsere Eingaben dem Völkerbunde zur Kenntnis gekommen seien. Der Nedner verliest eine Reihe ausländischer Pressestimmen, die das Verhalten des Völkerbundes beurteilen. Die Grundfrage, auf der die Souveränität Belgiens übertragen sei, widerspreche dem Rechtsgefühl. Das Eintragen in die Listen war mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Wer sich eintragen lassen wollte, kam mehrmals vor verschlossene Türen oder verlor seine Lebensmitteleinzelheiten und mußte deshalb schließlich das Land verlassen. Der Völkerbund war unrichtig informiert, als er seine Entscheidung traf. Auch der Wunsch, eine Kommission des Völkerbundes in die beiden Kreise zu entsenden, wurde nicht erfüllt. Ueber die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Völkerbund und Völkerbundrat bestehen keine genauen Vorschriften. Der Völkerbundrat ist zu weit nicht vollständig, da Amerika nicht vertreten ist. Die Regierung ist somit überzeugt, daß die Entscheidung des Völkerbundes nicht als rechtmäßig anzusehen ist, und hat beim Völkerbundrat die Entscheidung durch das Plenum des Völkerbundes beantragt. Die Antwort des Völkerbundes ist höchst unbefriedigend ausgefallen. Beide Kreise haben nie zu Belgien gehört, und darum kann von einer Wiedervereinigung mit Belgien keine Rede sein. Der Minister schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Völkerbundrat schließlich doch noch zu einer eingehenden Prüfung unserer Rechtsauffassung komme und sie dieser im Interesse der Gerechtigkeit anpassen werde.

Abg. Kurell (Dem.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Well an und schildert die Zustände, die in Elsaß-Lothringen unter französischer Herrschaft entstanden sind und Humbert wieder zu uns über die Grenze getrieben habe. Er plädiert für eine weitgehende, warmherzige Unterbringung dieser Flüchtlinge und tritt sodann für das Saarland ein, dessen Not hinter der des Rheinlandes nicht zurückstehe. Im Namen des Rheinlandes appelliert er an das schlichte unterrichtete französische Volk. Er schildert die Kosten der Befreiung. Frankreich wird vor die Wahl gestellt werden, ob es an den Wiederaufbau will, oder seinen Offizieren und Soldaten ein gutes Leben auf deutsche Kosten einräumen will. Eines von beiden sei nur möglich. Der Trost, den das französische Heer nach sich ziehe, vermehre noch die Wohnungsnot. Lebensmittel und Kohlen reichten nicht aus und rationierte Lebensmittel würden der Bevölkerung einfach weggenommen zum Besten der Besatzungsbehörde. Nedner schildert die Spätwirtschaft und bedauert, daß die deutsche Staatshoheit auch in der Rechtsprechung nicht nach Wunsch geübt werden könne. Die Uebergriffe der Soldaten nehmen zu. Unsere Regierung muß energig Sühne verlangen.

Reichsminister Dr. Koch: Wenn sich in dem trübten Bild noch ein Lichtblick bietet, so ist es der, daß sowohl im Rheinlande wie hier im ganzen Hause das nationale Bewußtsein in dieser Frage sich gehoben hat. Die Kosten der Besetzung sind allerdings ungeheuerlich. Die Einrichtungen für das Heer stehen in keinem Verhältnis zur Truppengröße. Die Kosten dürften insgesamt 27 Milliarden betragen und verhindern, daß wir für die Wiedergutmachung Mittel freibekommen. Der Oberingelheimer Fall bietet uns Anlaß zu einer Protestnote und Sühneforderung. Da gut zwei Drittel der Mannschaften der Besatzungstruppen der französischen Armee angehören, ist es kein Wunder, daß die meisten Meldungen von Uebergriffen sich auf Franzosen beziehen. Die französische Propaganda hat keinen Erfolg, aber sie zeitigt ein ständiges Mißtrauen unter der Bevölkerung. Sine kommt das eigenmächtige Vorgehen der 68 französischen sogenannten Verbindungsoffiziere, die sich ein Ueberwachungs- und Aufsichtrecht gegen die deutschen Beamten und Richter anmaßen. Die Militärgerichte haben ihren Wirkungsbereich auch auf die Zivilgerichtsbarkeit ausgedehnt. Auch die Rheinlandskommission trifft Entscheidungen, die offenbar im Widerspruch zu unseren Anschauungen stehen. Diese beanpruchen ein Vetorecht gegen die Einsetzung neuer Beamten und verweigern Ausweisungen, ohne daß eine Aufhebung dieser Maßnahmen möglich war. Diesen vertriebenen Männern, die für Deutschland gelitten haben, schulden wir größten Dank. Wir müssen ihnen möglichst bald eine auskömmliche Stellung verschaffen. Keine Macht der Welt kann Deutschland zwingen, die Rheinlande aufzugeben. Wir wollen den Friedensvertrag halten, erwarten aber auch von der Entente die Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen. Er protestierte daher gegen Millerands Ansicht, als laufe die Besetzungskritik im Rheinlande erst von dem Tage der Erfüllung unserer Verpflichtungen an. Erstrechtlich sei, daß die Bevölkerung der Rheinlande so fest in der Meinung ihres deutschen Vaterlandes bestehe. Wir fördern den deutschen Gedanken im Westen durch die Unterstützung von Kunst, Wissenschaft, Sport und Geistesleben.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellationen.

Abg. Soltmann (Soz.) betont das schwere Unrecht, das uns mit Eupen und Malmédy zugestiftet wird, gesteht aber zu, daß auch Belgien 1914 schweres Unrecht angekan wurde. Die Eupen-Malmédyfrage dürfe nicht der Grund zu einer dauernden Verhinderung zwischen uns und Belgien werden. Die Rheinländer seien gut deutsch.

Abg. Dr. Oberholzer (Dk.) nennt das Vorgehen der Entente im Rheinland einen Expressprozeß. Mit der Entscheidung über Eupen und Malmédy hat der Völkerbundrat brutale Gewalt geübt.

Abg. Dr. Meibohauer (Dk.) meint, es müßte im Interesse einer Verständigung auf beiden Seiten Abstriche gemacht werden. Der Reich des Rheinlandes sei Frankreichs Ziel seit den Tagen Richelieus. Als Einheitsunterstützung drohe Millerand mit dem unbefristeten Besatzungsrecht. Es gibt im Rheinland keine Bewegung, die das Rheinland vom Reiche trennen will.

Abg. Dr. Breitfeld (U.S.): Auch wir wenden uns gegen die Gewaltmaßnahmen gegen die reindeutsche Bevölkerung mit der Annahme, das Rheinland von Deutschland loszureißen zu können.

Abg. Fries (U.S.): Bei den rheinländischen Arbeitern besteht keine Neigung zu einem selbständigen Reichsstaat oder gar zur Loslösung vom Reiche.

Abg. Deermann (Dk.): Eupen und Malmédy werden in Treue zum Deutschen Reich auszuhalten, wenn ihnen auch unzureichliche Löhne ausbezahlt würden. Die Rheinlande waren deutsch, sind deutsch und sollen deutsch bleiben.

Die beiden Interpellationen sind damit erledigt. Es folgt die Interpellation Arnald (Dk.) über die Kartellverträge.

Abg. Schimmelfennig (Dk.) führt zur Begründung aus, es würden viele Klagen laut, daß von den auf Lieferungsverträge beschlossenen Kartoffeln noch große Mengen ungenutzt seien; trotzdem weite Gebiete Mangel haben, können die Landwirte wegen der Richtigstellung der Verträge über ihre Kartoffeln nicht verfügen. Überall mangelt es an Wagenstellung der Eisenbahnen. Was will die Regierung zur Befreiung der Wirtschaft tun? In meine Berufsgegenstände aber richte ich den Appell, in der Befreiung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln das Menschlichste zu leisten.

und wer gehört heute nicht zu ihnen — denen das Wohl unserer Zeit so schwer leidenden Kinder am Herzen liegt und die schon häufig darauf hingewiesen haben, daß alle Kinderfürsorge Einrichtungen, wenn auch für die Unterbringung tranter und einer Anstaltsbehandlung bedürftigen Kinder nicht entsprechend Sorge getragen ist. Trotz der durch die Zeitverhältnisse bedingten ungeheuren Schwierigkeiten hat der Badische Landesverband für Säuglings und Kleinkinderfürsorge daher seinen im Jahre 1917 gefaßten Plan zur Gründung eines Kinderkrankenheuses nicht aufgegeben, da ihn seine Tätigkeit immer wieder darauf hinwies, daß das Bedürfnis nach einem solchen gerade in Folge all des Elends unserer wirtschaftlichen Lage von Tag zu Tag dringender geworden ist.

Mühte auch der ursprüngliche Plan eines Krankenhauses aufgegeben werden, so hat sich jetzt doch eine Lösung ergeben, wie sie glücklicher Weise ein zweites Mal in unserer heutigen Zeit gefunden werden dürfte. Es wird sich in weitem Umfange nicht so bald ein Gebäude ausfindig machen lassen, das schon von vornherein für die Einrichtung eines Kinderkrankenheuses so viele Vorbedingungen erfüllt, wie das bisherige Victoria-Benjamin. Man wird der früheren Großherzogin Luise, der Eigentümerin des Hauses, eben so dank wissen, daß sie das Haus diesem Zweck zugeweiht hat, als dem Staat, der als jüngster Erbe sich mit seiner Verwendung zu diesem Zwecke einverstanden erklärte.

Im Jahre 1907 von dem Hofbaudirektor Amersbach in scharfer freier Lage errichtet, entspricht das Gebäude wohl allen Anforderungen, die man in der Gegenwart an die Hygiene einer derartigen Anstalt stellt. Schöne, hohe Säle, helle geräumige Korridore, reichliche Nebenräume usw.

Ein besonderer Vorteil des Grundrisses ist in dem Vorhandensein dreier Treppenhäuser mit besonderen Eingängen zu sehen, die es mit verhältnismäßig einfachen Mitteln erlauben, für die Isolierung antriebsverderblicher und beobachtungsbedürftiger Kinder genügend Sorge zu tragen.

Als ein besonderer Vorzug darf es weiterhin angeprochen werden, daß ein großer Teil des richtigen wertvollen Mobiliars des früheren Internats mit übernommen werden konnte, so daß nur die eigentliche besondere Krankenheuseinrichtung (Betten, Wägen, ärztliches Instrumentarium, Röntgenrichtung) neu zu beschaffen war.

Im Krankenhaus werden Säuglinge vom 1. Lebensjahr bis zum vollendeten 12. Lebensjahre aufgenommen. Außer für die Behandlung innerlich kranker Kinder ist auch für die orthopädischen Behandlung Bedürftigen durch eine besondere Abteilung Sorge getragen. Eine Reihe von Einzelzimmern erlaubt ferner, Kinder in Begleitung Erwachsener aufzunehmen.

Reichsminister Dr. Gernig: Nach den getroffenen Abmachungen sollen 60 Prozent der Kartoffeln im Herbst, der Rest im Frühjahr abgenommen werden. Zunächst hat diese Abnahme unter großen Schwankungen gelitten. Seit Oktober ist der Bezug aber regelmäßig geworden. Auch die Reichsreserve ist in Ordnung mit Ausnahme von Schlesien, wo die Abnahme nicht ganz wünschgemäß konstant ging. Der jüngste Frost hat den Transport erschwert. Die Lieferung von Kartoffeln nach dem Westen wurde durch Transportbeschwerden gehemmt. Es ist bedauerlich, daß es deshalb vielfach zu Unruhen und Gewalttaten gekommen ist. Der Minister bespricht sodann die Frage der Preisbildung, die man seinem Ministerium in die Schuhe schiebt. Diese Preisfestsetzung war bereits im Frühjahr ds. Js. durch das Reichswirtschaftsministerium erfolgt in der Absicht, auf den Kartoffelanbau befruchtend zu wirken. Diese Absicht ist völlig erreicht worden. Durch die Lieferungsabkommen wurde die Abnahme der Kartoffeln sicher gestellt. Alle diese Abkommen fand das Reichsministerium bei seiner Errichtung vor. Der Lieferungsauflage ist ebenfalls auf ein Abkommen zwischen Landwirten und Verbrauchern zurückzuführen. Meine Bemühungen, diesen Zustand zu erweichen, sind daran gescheitert, daß die beiden Parteien an ihm festgehalten. Nun haben die Kommunalverbände viel weniger an Kartoffeln angefordert, als früherzeit den Abmachungen zugrunde lagen. Hätten die Städte die Kartoffeln regelmäßig abgenommen, so wären uns manche Unruhen beim Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft erspart geblieben. Das Ministerium hat daher einen Mittelweg eingeschlagen, indem es die Lieferungsverträge beibehält, für alle Fälle eine Reserve schafft und sofort den freien Handel zuläßt. Die Ernte ist gut und sofort den Gehalt der Ernte ist von 110 auf 125 Doppelzentner gestiegen. Zudem ist die Ernte schon vielfach unter Dach und Fach gebracht. Zu Befragten liegt kein Anlaß vor. Die Regierung bereitet ein Gesetz gegen Schieber und Wucherer vor und erwartet im übrigen, daß die Landwirtschaft selbst die Elemente im Zaume halten wird, die die Zeit für ein Schrauben der Preise gekommen erachten. Bei gemeinsamen Beratungen sind Preisrichtlinien vereinbart worden, die jeden Wucherer verhindern.

Ein Verlagsantrag Limbom wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag, 18. November, 8 Uhr nachm. Sozialisierungsinterpellation Fortsetzung der heutigen Beratung. Meine Vorlagen. — Schluß nach 6 Uhr.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten zum Arbeitsnachweis und Trinkgeld

In Erfurt tagte vom 19. bis 22. Oktober der 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten. Diese neu gegründete Gewerkschaft, die ungefähr 10000 Mitglieder zählt, ist aus dem Verband der Gastwirte, Gehilfen, dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten und dem Verband der Köche entstanden.

Der 1. Verbandstag dieser maßgebenden Gehilfenorganisation im Gastwirtsberuf nahm unter anderem zu dem Entwurf des Arbeitsnachweises Stellung. In der angenommenen Entschließung heißt es darüber, daß der Entwurf nicht befriedigt und hinter den Erwartungen weit zurückbleibt, die die Gastwirte angestellt, die unter der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung fast zu leiden hatten, an dieses Gesetz geknüpft haben. Gestraft wird der obligatorische Benutzungsanspruch der Arbeitsnachweise und darauf hingewiesen, daß die bedingte Meldepflicht der freien Arbeitsstellen nicht genügt. Schärfer Protest wird gegen das Fortbestehen der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung bis 1930 erhoben und das sofortige Verbot der Stellenvermittlung verlangt.

Der Verbandstag nahm ferner zum Trinkgeldsystem Stellung und beurteilt auf das entschiedenste das Bestehen der gewerkschaftlichen Unternehmer, das Trinkgeldsystem nicht nur weiter aufrecht zu erhalten, sondern es auch dort wieder einzuführen, wo es bereits beseitigt ist, und erwartet von der Kollegenschaft, daß sie diesen Bestrebungen den größtmöglichen Widerstand entgegensetzt. Des weiteren fordert der Verbandstag, daß staatliche und kommunale Betriebe bei der Beseitigung des Trinkgeldsystems mit gutem Beispiel vorangehen, da sie in erster Linie verpflichtet sind, den Schicksalstricken zahlreicher Schicksalsausgeschüßte und des Reichswirtschaftsministeriums Folge zu leisten. Die Bewegung gegen das Trinkgeld soll auch international mit aller Schärfe geführt werden.

Singen, 7. Nov. Der Streik im Transportberuf ist eingeleitet. Von den geduldeten 20 Prozent Kohlenförderung sind 10 Prozent bewilligt worden.

Außer dem Krankenhaus umfaßt die Anstalt über noch eine Reihe weiterer Fürsorgeeinrichtungen, die es erst zu einer Landesanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge machen. So haben die Geschäftsräume der Arbeitszentrale des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hier ihre Unterkunft gefunden, so eine Lehrschule zur Ausbildung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, die sich in 4- und 5-jährigen Kursen ausreichende Kenntnisse auf diesem Gebiete erwerben können; dann ein Museum für die Hygiene des Kindesalters, das der Belehrung weitaus mehr dienen soll.

Vorwiegend örtlichem Interesse dient die Milchküche, die bisher in der Steinstraße vom Badischen Frauenverein betrieben, nunmehr vom Kinderkrankenhaus übernommen wurde.

Ganz besonders ist es noch zu begrüßen, daß der Anstalt ein Mutter- und Säuglingsheim angegliedert wurde, das Müttern nach der Entbindung Aufnahme gewährt, mindestens solange, bis sie ihre volle Erwerbsfähigkeit erlangt haben und für die Kinder geeignete Unterkunft gefunden ist. Das neue Heim wird so manche Not zu lindern vermögen und gleichzeitig den Kindern die beste Nahrung, die Muttermilch, gewährleisten.

Schwere aber bedankenswerte und segensreiche Aufgaben hat sich die neue Anstalt gestellt, der man nur wünschen möchte, daß das Gespenst der Sorge, das jetzt um so viele caritative Unternehmungen schwebt, sie an ihrer reiflichen Erfüllung nicht allzu sehr hemmen möge. Die Stadt Karlsruhe aber kann man nur dazu beschuldigen, daß sie durch eine glückliche Fügung in den Genuss einer derartigen Wohlfahrtsanstalt gekommen ist.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Bibliothekshandlung zu beziehen.)

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 1. Band des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Zur Sozialisierung des Rentenversicherungsgesetzes. Von Steiger. G. Werner (Mitglied der Sozialisationskommission). Einheitsstaat und Selbstverwaltung. Von Wilhelm Grosse. II. (Schluß). — Sozialisierung des Wohnungswesens. Von Alfred Löw. — Private und öffentliche Wohlfahrtswesen. Von Ernst Lehmann (Göttingen). — Völkerbund und Friedensvertrag. Neue Literatur. Von G. Fehlinger. — Literarische Rundschau: Samuel Gompers, Labor und the Common Wealth. Von G. Fehlinger.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Pf. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Eröffnung der Badischen Landesanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge

Durch eine glückliche Fügung in der Speiseaal der Anstalt wurde vorgestern nachmittags 3 Uhr die Badische Landesanstalt für Säuglingspflege und Kinderfürsorge und damit verbunden das Kinderkrankenhaus in den Räumen des früheren Victoria-Benjamin eröffnet. Hierzu waren erschienen Vertreter hiesiger und städtischer Behörden, von Vereinen und Bürgervereinen, Ärzte, die Schwestern des Frauenvereins und Freunde des Unternehmens. Die Anwesenden wurden von dem Geh. Obermedizinalrat Dr. Gauer im Namen des Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge willkommen geheißen. Als Vertreter der früheren Großherzogin Luise überbrachten Geh. Staatsminister Dr. G. Helbig und Herr Gröbe die neue Verwendungsart des Hauses begrüßt, weil es der Jugendfürsorge dienen soll. Für das Arbeitsministerium sprach Oberregierungsrat Medizinalrat Dr. Goltmann und würdigte die Bedeutung des neuen Hauses und Unternehmens für unser Volk und seine Zukunft. Er versicherte, daß die Regierung die neue Anstalt fördern werde. Geh. Regierungsrat Dr. Müller sprach im Namen des Badischen Frauenvereins. Bürgermeister Dr. Goltmann, der neben Oberbürgermeister Dr. Winter und verschiedenen Stadträten für die städtische Stadterhaltung erschienen war, überbrachte die Grüße der Stadt und versicherte, daß die Stadterhaltung trotz der schweren Zeit die Anstalt unterstützen und fördern werde. Prof. Dr. Koenig sprach im Namen der Universität Freiburg und als Beauftragter des Leiters der Universitäts-Kinderklinik in Heidelberg der Anstalt die Wünsche für eine glückliche Entwidlung dar. Im Namen des Landesverbandes dankte Geh. Obermedizinalrat Dr. Gauer allen Vorgesetzten für ihre Worte und den Spendern für ihre Gaben. Für den Betrieb des Hauses stehe ein Stamm von 14 Millionen Mark zur Verfügung, der aus der Spende für Säuglingspflege gesammelt wurde. Allen Spendern gebühre dafür Dank. Der Leiter der Anstalt, Prof. Dr. Luß, hielt dann einen Vortrag über den Zweck des neuen Instituts, woran sich eine Besichtigung der Räumlichkeiten des Hauses angeschlossen.

Mit der Errichtung und Eröffnung des Kinderkrankenheuses ist ein lange gehegter Wunsch aller jener Kreise in Erfüllung

gekommen, die sich für die Unterbringung tranter und einer Anstaltsbehandlung bedürftigen Kinder nicht entsprechend Sorge getragen ist. Trotz der durch die Zeitverhältnisse bedingten ungeheuren Schwierigkeiten hat der Badische Landesverband für Säuglings und Kleinkinderfürsorge daher seinen im Jahre 1917 gefaßten Plan zur Gründung eines Kinderkrankenheuses nicht aufgegeben, da ihn seine Tätigkeit immer wieder darauf hinwies, daß das Bedürfnis nach einem solchen gerade in Folge all des Elends unserer wirtschaftlichen Lage von Tag zu Tag dringender geworden ist.

Mühte auch der ursprüngliche Plan eines Krankenhauses aufgegeben werden, so hat sich jetzt doch eine Lösung ergeben, wie sie glücklicher Weise ein zweites Mal in unserer heutigen Zeit gefunden werden dürfte. Es wird sich in weitem Umfange nicht so bald ein Gebäude ausfindig machen lassen, das schon von vornherein für die Einrichtung eines Kinderkrankenheuses so viele Vorbedingungen erfüllt, wie das bisherige Victoria-Benjamin. Man wird der früheren Großherzogin Luise, der Eigentümerin des Hauses, eben so dank wissen, daß sie das Haus diesem Zweck zugeweiht hat, als dem Staat, der als jüngster Erbe sich mit seiner Verwendung zu diesem Zwecke einverstanden erklärte.

Im Jahre 1907 von dem Hofbaudirektor Amersbach in scharfer freier Lage errichtet, entspricht das Gebäude wohl allen Anforderungen, die man in der Gegenwart an die Hygiene einer derartigen Anstalt stellt. Schöne, hohe Säle, helle geräumige Korridore, reichliche Nebenräume usw.

Ein besonderer Vorteil des Grundrisses ist in dem Vorhandensein dreier Treppenhäuser mit besonderen Eingängen zu sehen, die es mit verhältnismäßig einfachen Mitteln erlauben, für die Isolierung antriebsverderblicher und beobachtungsbedürftiger Kinder genügend Sorge zu tragen.

Als ein besonderer Vorzug darf es weiterhin angeprochen werden, daß ein großer Teil des richtigen wertvollen Mobiliars des früheren Internats mit übernommen werden konnte, so daß nur die eigentliche besondere Krankenheuseinrichtung (Betten, Wägen, ärztliches Instrumentarium, Röntgenrichtung) neu zu beschaffen war.

Im Krankenhaus werden Säuglinge vom 1. Lebensjahr bis zum vollendeten 12. Lebensjahre aufgenommen. Außer für die Behandlung innerlich kranker Kinder ist auch für die orthopädischen Behandlung Bedürftigen durch eine besondere Abteilung Sorge getragen. Eine Reihe von Einzelzimmern erlaubt ferner, Kinder in Begleitung Erwachsener aufzunehmen.

Gewerkschaftliches

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten zum Arbeitsnachweis und Trinkgeld

In Erfurt tagte vom 19. bis 22. Oktober der 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten. Diese neu gegründete Gewerkschaft, die ungefähr 10000 Mitglieder zählt, ist aus dem Verband der Gastwirte, Gehilfen, dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten und dem Verband der Köche entstanden.

Der 1. Verbandstag dieser maßgebenden Gehilfenorganisation im Gastwirtsberuf nahm unter anderem zu dem Entwurf des Arbeitsnachweises Stellung. In der angenommenen Entschließung heißt es darüber, daß der Entwurf nicht befriedigt und hinter den Erwartungen weit zurückbleibt, die die Gastwirte angestellt, die unter der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung fast zu leiden hatten, an dieses Gesetz geknüpft haben. Gestraft wird der obligatorische Benutzungsanspruch der Arbeitsnachweise und darauf hingewiesen, daß die bedingte Meldepflicht der freien Arbeitsstellen nicht genügt. Schärfer Protest wird gegen das Fortbestehen der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung bis 1930 erhoben und das sofortige Verbot der Stellenvermittlung verlangt.

Der Verbandstag nahm ferner zum Trinkgeldsystem Stellung und beurteilt auf das entschiedenste das Bestehen der gewerkschaftlichen Unternehmer, das Trinkgeldsystem nicht nur weiter aufrecht zu erhalten, sondern es auch dort wieder einzuführen, wo es bereits beseitigt ist, und erwartet von der Kollegenschaft, daß sie diesen Bestrebungen den größtmöglichen Widerstand entgegensetzt. Des weiteren fordert der Verbandstag, daß staatliche und kommunale Betriebe bei der Beseitigung des Trinkgeldsystems mit gutem Beispiel vorangehen, da sie in erster Linie verpflichtet sind, den Schicksalstricken zahlreicher Schicksalsausgeschüßte und des Reichswirtschaftsministeriums Folge zu leisten. Die Bewegung gegen das Trinkgeld soll auch international mit aller Schärfe geführt werden.

Singen, 7. Nov. Der Streik im Transportberuf ist eingeleitet. Von den geduldeten 20 Prozent Kohlenförderung sind 10 Prozent bewilligt worden.

Außer dem Krankenhaus umfaßt die Anstalt über noch eine Reihe weiterer Fürsorgeeinrichtungen, die es erst zu einer Landesanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge machen. So haben die Geschäftsräume der Arbeitszentrale des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hier ihre Unterkunft gefunden, so eine Lehrschule zur Ausbildung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, die sich in 4- und 5-jährigen Kursen ausreichende Kenntnisse auf diesem Gebiete erwerben können; dann ein Museum für die Hygiene des Kindesalters, das der Belehrung weitaus mehr dienen soll.

Vorwiegend örtlichem Interesse dient die Milchküche, die bisher in der Steinstraße vom Badischen Frauenverein betrieben, nunmehr vom Kinderkrankenhaus übernommen wurde.

Ganz besonders ist es noch zu begrüßen, daß der Anstalt ein Mutter- und Säuglingsheim angegliedert wurde, das Müttern nach der Entbindung Aufnahme gewährt, mindestens solange, bis sie ihre volle Erwerbsfähigkeit erlangt haben und für die Kinder geeignete Unterkunft gefunden ist. Das neue Heim wird so manche Not zu lindern vermögen und gleichzeitig den Kindern die beste Nahrung, die Muttermilch, gewährleisten.

Schwere aber bedankenswerte und segensreiche Aufgaben hat sich die neue Anstalt gestellt, der man nur wünschen möchte, daß das Gespenst der Sorge, das jetzt um so viele caritative Unternehmungen schwebt, sie an ihrer reiflichen Erfüllung nicht allzu sehr hemmen möge. Die Stadt Karlsruhe aber kann man nur dazu beschuldigen, daß sie durch eine glückliche Fügung in den Genuss einer derartigen Wohlfahrtsanstalt gekommen ist.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Bibliothekshandlung zu beziehen.)

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 1. Band des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Zur Sozialisierung des Rentenversicherungsgesetzes. Von Steiger. G. Werner (Mitglied der Sozialisationskommission). Einheitsstaat und Selbstverwaltung. Von Wilhelm Grosse. II. (Schluß). — Sozialisierung des Wohnungswesens. Von Alfred Löw. — Private und öffentliche Wohlfahrtswesen. Von Ernst Lehmann (Göttingen). — Völkerbund und Friedensvertrag. Neue Literatur. Von G. Fehlinger. — Literarische Rundschau: Samuel Gompers, Labor und the Common Wealth. Von G. Fehlinger.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Pf. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Außer dem Krankenhaus umfaßt die Anstalt über noch eine Reihe weiterer Fürsorgeeinrichtungen, die es erst zu einer Landesanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge machen. So haben die Geschäftsräume der Arbeitszentrale des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hier ihre Unterkunft gefunden, so eine Lehrschule zur Ausbildung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, die sich in 4- und 5-jährigen Kursen ausreichende Kenntnisse auf diesem Gebiete erwerben können; dann ein Museum für die Hygiene des Kindesalters, das der Belehrung weitaus mehr dienen soll.

Vorwiegend örtlichem Interesse dient die Milchküche, die bisher in der Steinstraße vom Badischen Frauenverein betrieben, nunmehr vom Kinderkrankenhaus übernommen wurde.

Ganz besonders ist es noch zu begrüßen, daß der Anstalt ein Mutter- und Säuglingsheim angegliedert wurde, das Müttern nach der Entbindung Aufnahme gewährt, mindestens solange, bis sie ihre volle Erwerbsfähigkeit erlangt haben und für die Kinder geeignete Unterkunft gefunden ist. Das neue Heim wird so manche Not zu lindern vermögen und gleichzeitig den Kindern die beste Nahrung, die Muttermilch, gewährleisten.

Schwere aber bedankenswerte und segensreiche Aufgaben hat sich die neue Anstalt gestellt, der man nur wünschen möchte, daß das Gespenst der Sorge, das jetzt um so viele caritative Unternehmungen schwebt, sie an ihrer reiflichen Erfüllung nicht allzu sehr hemmen möge. Die Stadt Karlsruhe aber kann man nur dazu beschuldigen, daß sie durch eine glückliche Fügung in den Genuss einer derartigen Wohlfahrtsanstalt gekommen ist.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Bibliothekshandlung zu beziehen.)

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 1. Band des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Zur Sozialisierung des Rentenversicherungsgesetzes. Von Steiger. G. Werner (Mitglied der Sozialisationskommission). Einheitsstaat und Selbstverwaltung. Von Wilhelm Grosse. II. (Schluß). — Sozialisierung des Wohnungswesens. Von Alfred Löw. — Private und öffentliche Wohlfahrtswesen. Von Ernst Lehmann (Göttingen). — Völkerbund und Friedensvertrag. Neue Literatur. Von G. Fehlinger. — Literarische Rundschau: Samuel Gompers, Labor und the Common Wealth. Von G. Fehlinger.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Pf. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Außer dem Krankenhaus umfaßt die Anstalt über noch eine Reihe weiterer Fürsorgeeinrichtungen, die es erst zu einer Landesanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge machen. So haben die Geschäftsräume der Arbeitszentrale des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hier ihre Unterkunft gefunden, so eine Lehrschule zur Ausbildung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, die sich in 4- und 5-jährigen Kursen ausreichende Kenntnisse auf diesem Gebiete erwerben können; dann ein Museum für die Hygiene des Kindesalters, das der Belehrung weitaus mehr dienen soll.

Vorwiegend örtlichem Interesse dient die Milchküche, die bisher in der Steinstraße vom Badischen Frauenverein betrieben, nunmehr vom Kinderkrankenhaus übernommen wurde.

Ganz besonders ist es noch zu begrüßen, daß der Anstalt ein Mutter- und Säuglingsheim angegliedert wurde, das Müttern nach der Entbindung Aufnahme gewährt, mindestens solange, bis sie ihre volle Erwerbsfähigkeit erlangt haben und für die Kinder geeignete Unterkunft gefunden ist. Das neue Heim wird so manche Not zu lindern vermögen und gleichzeitig den Kindern die beste Nahrung, die Muttermilch, gewährleisten.

Schwere aber bedankenswerte und segensreiche Aufgaben hat sich die neue Anstalt gestellt, der man nur wünschen möchte, daß das Gespenst der Sorge, das jetzt um so viele caritative Unternehmungen schwebt, sie an ihrer reiflichen Erfüllung nicht allzu sehr hemmen möge. Die Stadt Karlsruhe aber kann man nur dazu beschuldigen, daß sie durch eine glückliche Fügung in den Genuss einer derartigen Wohlfahrtsanstalt gekommen ist.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Bibliothekshandlung zu beziehen.)

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 1. Band des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Zur Sozialisierung des Rentenversicherungsgesetzes. Von Steiger. G. Werner (Mitglied der Sozialisationskommission). Einheitsstaat und Selbstverwaltung. Von Wilhelm Grosse. II. (Schluß). — Sozialisierung des Wohnungswesens. Von Alfred Löw. — Private und öffentliche Wohlfahrtswesen. Von Ernst Lehmann (Göttingen). — Völkerbund und Friedensvertrag. Neue Literatur. Von G. Fehlinger. — Literarische Rundschau: Samuel Gompers, Labor und the Common Wealth. Von G. Fehlinger.

(1) Zur Neuordnung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbesoldung. Der am 1. Juni d. J. gegründete Ortsverein der zurückgebliebenen Beamten und Beamtenhinterbliebenen hat sich in seiner letzten Mitgliederversammlung, die sich wieder, wie auch die vorhergehende eines starken Besuches erfreute, sich mit dem gegenwärtigen Stand der Neuordnung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbesoldung beschäftigt. Wenn auch mit Genehmigung der Vorstände der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen in Bezug auf gleiche Behandlung aller als durchaus berechtigt bezeichnete Kreise im Landtag eingetreten, so konnte man sich doch nicht über die Neuordnung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbesoldung einig werden. Ueber die Besoldung der Ruhegehälter und Hinterbliebenen, die nachgerade allgemein bekannt sein dürfte, bedarf es keines weiteren Beweises. Es genügt der Hinweis auf die Tatsache, daß die Besoldung der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen in der Regel nur vermindert wurde, während die Besoldung der Beamten im aktiven Dienst heute 20 bis 30 mal so hoch ist als vor dem Kriege.

Wilder Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter

W.B. Berlin, 7. Nov. Amtlich wird unter dem 6. Nov. gemeldet: Durch den wilden Streik einer Gruppe der städtischen Arbeiter ist die ganze Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins zum Stillstand gekommen. Auch die Kraftwerke und die Kraftwerke sind unterbrochen. Dadurch sind die Krankenhäuser ohne Strom, Operationen können nicht ausgeführt werden, zahlreiche Menschenleben sind in Gefahr. Ferner sind die elektrisch betriebenen Pumpen der Nord-Süd-Bahn außer Betrieb gesetzt. Dadurch ist nach Gutachten maßgebender Behörden die Möglichkeit des Einsturzes von Häusern an besonders gefährdeten Stellen der Friedrichstraße getreten. Die Stromzufuhr von Golba ist durch Sabotage abgeschnitten. Die preussische Regierung hat daher im Eilenschnel mit den Reichsbehörden die Technische Nothilfe eingesetzt. Diese hat den Auftrag, den Strom zur Befriedigung der größten Gefahr herzustellen.

W.B. Berlin, 7. Nov. Die Verhandlungen wegen des Elektrizitätsarbeiterstreiks haben bis gestern Abend 11 Uhr zu einem gewissen Ergebnis geführt. Die in Anwesenheit des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters geführten Verhandlungen führten dazu, daß sich die Arbeiter zur Einrichtung eines Vorbetriebes bereit erklärten und zwar werden lebenswichtige Betriebe, so besonders die Krankenhäuser, die öffentlichen Gebäude usw. mit Strom versehen. Auch wird Kraft für die Straßenbeleuchtung geliefert werden. Die Technische Nothilfe soll zurückgezogen werden, bevor die Arbeiter diesen Vorbetrieb aufnehmen. Die Wiederinbetriebnahme der Werke, die jetzt vollkommen im Dunkeln liegen, dürfte sich sehr schwierig gestalten, da die Kessel vielfach erfaltet sind.

Jugend und Sport

Arbeiter-Turn- und Sportklub
B.-Klasse: Riedelsheim 1 — Eggenslein 1 5:3, 2. Mannsch. 0:0. (Weitere Meldungen sind nicht eingegangen.)
Disziplin. Mühlberg gewinnt nach recht hartem Spiel gegen Bredlingen mit 2:0 Toren; Schönitz spielte gegen Rosenfelder Hofheim und errang mit 1:0 die beiden Punkte. B. J. B. war in Freiburg gegen den dortigen Sportklub angetreten und gewann mit 2:1 Toren, die Beierheimer verloren gegen B. C. Hofheim mit 2:3 Toren, Nürnberg — Fürth 1:0, T.S.B. Langenfeldebach 1 — Fußballklub Röttingen 1 5:0.

Kleine Nachrichten

W.B. Berlin, 5. Nov. (Privattelegr.) Das Großfeuer in Köpenick, das am 1. d. M. durch Brandstiftung angelegt worden. Die in der Nähe des Provinzialamts gelegenen Häuser sind durch aus Leuchtgasen abgegebene Leuchtgasen in Brand gesetzt worden. Es sind bei dem Brande Lebensmittel und Kleidungsstücke im Werte von rund 30 Millionen Mark, die für eine ganze Division ausgereicht hätten, verbrannt worden.
Berlin, 4. Nov. Im Nordbahnhof am Sonntagvormittag 24 erfolgte heute, vermutlich durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Sandgrube, eine schwere Explosion in einer Wohnung des dritten oder vierten Stockes, bei der ein Mann getötet und 2 Frauen und 2 Kinder schwer verletzt wurden.
W.B. Berlin, 4. Nov. Vor den Vorparlamenten kam es heute zu großen Zusammenstößen zwischen den Auszubildenden und Arbeitwilligen, die die Notstandsarbeiten verrichten wollten. Mehrere Arbeiter wurden verprügelt. Andere verschafften sich Eingang in die Fabrik unter dem Vorwande, arbeiten zu wollen und hielten beschlossene Geizer, zum Teil mit Gewalt, von ihrer Arbeitsstelle heraus.
Berlin. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus München meldet, hat die Münchener Polizei eine ausgedehnte Organisation zwecks Anwerbung für die französische Fremdenlegion aufgestellt. Die Werbetaätigkeit in Deutschland wird von Paris aus geleitet. Die Werber bekommen 20 Franken gleich 100 M. täglich und 5 Franken Kopfgeld für jeden Angeworbenen. Die Angeworbenen erhalten 150 M. Hand- und Reisegeld, 200 Franken bei der Einstellung, ebenso bei der Einreise in Truppenziele, dann aber nur noch 75 Cts. Tageslohnung.

Berlin, 6. Nov. (Privattelegr.) Wie der „B. J. a. N.“ von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ist der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter auf die unverantwortliche Debe des kommunistischen Führers Sht zurückzuführen. Die gesamten Arbeiterführer und Gewerkschaften sprachen sich gegen diesen wilden Streik aus. Auch die Arbeiter der städtischen Werke in Neutölln und Lichtberg haben die Arbeit eingestellt.

Berlin, 7. Nov. Die Vertrauensleute der streikenden Elektrizitätsarbeiter beschloßen mit großer Mehrheit, die notwendigen Notstandsarbeiten auszuführen. Der Mann Sht, der in den Verhandlungen Bericht erstattete, teilte mit, daß es diesmal der eingesetzten Technischen Nothilfe nicht gelungen sei, die Maschinen zum Laufen zu bringen. Man habe, so erklärte er, aus dem letzten Streik gelernt und dafür gesorgt, daß notwendige Maschinenteile vorher entfernt wurden. Tatsächlich sind derartige Sabotageakte verübt worden. Wie wir hören, haben die beiden Stabträte Weise und Leid, welche die Erklärung von Sht in der Vertrauensmännerversammlung mit angehört haben und denen die Sabotageakte bekannt sind, beim Magistrat die erforderlichen Maßnahmen gegen Sht veranlaßt.

Wie die „B. J. a. N.“ von unrichtiger Seite erfahren, müßten die Führer der organisierten Arbeiterkraft ausnahmslos den Streik wegen seiner schweren wirtschaftlichen und inner- und außerpolitischen Folgen. Auch in den breiten Massen der Arbeiterkraft hat Empörung Platz gegriffen über den übertriebenen Streik, zumal die Streikenden sogar den Krankenhäusern den elektrischen Strom sperren. Man hofft, daß unter dem Druck der gesamten Arbeiterkraft die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen werden. Sollte das nicht der Fall sein, so hat der Magistrat bereits in Erwägung gezogen, die Streikenden zu entlassen und sie zu erheben aus dem großen Heere der Arbeitslosen, von denen zahlreiche Arbeitsangebote vorliegen. Die Regierung selbst hat nach heute besonderen Maßnahmen getroffen. Auch sie rechnet mit rascher Wiederaufnahme der Arbeit, da der Streik selbst in der Arbeiterkraft keine Sympathien findet.

Der „Vorwärts“ schreibt beim Ausdruck des Streiks am Samstag:

Wir verkennen durchaus nicht, daß die wirtschaftliche Lage der Berliner Arbeiterkraft eine sehr prekäre ist und daß das Streben, durch Lohnaufbesserung einen gewissen Ausgleich mit den immer mehr anziehenden Preisen aller Lebensbedürfnisse zu schaffen, nur allzu berechtigt ist. Das darf auf der anderen Seite aber auch nicht dazu führen, daß eine Arbeitergruppe, die nach einem bekannten Wort die Hand an der Gabel des Wirtschaftslebens hat, diese Machtstellung unkümmert um die Interessen der gesamten Arbeiterkraft benützt, den Wirtschaftskörper abzuroffeln.

Groß-Berlin ist eine sozialistische Gemeinde. Die gemeinsamen Masseninteressen leiten seine sozialistischen Vertreter bei ihren Beschlüssen. Sonst es die miserablen Finanzen der Stadt verlassen, werden und müssen die Vertreter Groß-Berlins die berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter erfüllen. Aber über die Leistungsfähigkeit hinaus kann Groß-Berlin nicht gehen, auch wenn ihm die Gabel wieder einmal zugeschnitten wird.

Gerade die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe haben in ihren Entscheidungen doppelte Pflichten: Sie müssen bei ihren Kämpfen auch berücksichtigen, welche Wirkung ihr Handeln für ihre Kollegen, die Gesamtarbeiterkraft hat. Wenn die Elektrizitätsarbeiter sich dieser höheren Pflichten bewußt sind, werden sie zu der Entscheidung kommen müssen, daß sie wie alle Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben auf dem Verhandlungsweg ihre Forderungen durchzusetzen versuchen. Daß die Vertreter Groß-Berlins bis zur äußersten Grenze entgegenkommen werden, dafür bürgt uns ihre sozialistische Rhetorik.

Letzte Nachrichten

Streik unter den Eisenbahnern
W.B. Berlin, 7. Nov. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, unterzeichnet Franz Schöffel, Vorsitzender, erklärt einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß von unverantwortlicher Seite vor allem das Parteipersonal und die Beamten zu einem Generalstreik aufgehetzt werden. Der deutsche Eisenbahnerverband als die größte deutsche Eisenbahnerorganisation lehnt jede Beteiligung an derartigen unvernünftigen wilden Bewegung ab. Die Eisenbahner werden aufgefordert, nur der Parole des Verbandes Folge zu leisten.

Eisenbahnunglück in Jagstfeld
Jagstfeld, 7. Nov. (Privatmeldung.) Gestern Abend gegen 8 Uhr fuhr der D-Zug 88 von Stuttgart kommend, infolge falscher Weichenstellung auf einen Prellbock. Die Lokomotive und einige Wagen wurden zertrümmert.

Valuta-Bericht vom 6. November
Die Mark notierte heute in der Schweiz etwa 7.90 Cts. — Auszahlung Holland etwa 24.70 M. per holl. Guld. — Schweiz etwa 12.70 M. per schw. Fr. — England etwa 279.5 M. per Pfd. Sterling. — Frankreich etwa 4.94 M. per frz. Fr. — Neupost etwa 81.90 M. per Dollar.

Briefkasten der Redaktion.
D. in W. Brief mit Hinweis auf Konzert erhielten wir erst Samstag Abend! Poststempel 6. 11. 20. 6-7 W. Für Samstag war also die Notiz nicht mehr zu verwenden.
A. A. Sie können auf Grund der veränderten Lage auf entsprechende Änderungen des Vertrags bezüglich des Mietpreises antragen. Geht der Pächter nicht darauf ein, so müssen Sie eben im Klagewege auf Änderung des Vertrages dringen. Der § 123 der Gemeindeordnung dürfte hier nicht zur Anwendung kommen, da er sich auf andere Verhältnisse bezieht.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heuileton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Mundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger
Karlsruhe. (Lassalla.) Heute Montag Abend Punkt 8 Uhr Singstunde, sowie Kartenausgabe. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. 6290 Der Vorstand. Beterheim. (Arbeiter-Gesangverein Freiheit.) Heute Abend 8 1/2 Uhr Singstunde. Vollständiges Erscheinen aller Sänger ist erforderlich. Um mündliche Weiterverbreitung wird gebeten. 6288

Eine berechtigte soziale Forderung ist es, wenn die wertvolle Arbeiterkraft für schwer erwerbendes Geld bei den heutigen, kaum noch erschwinglichen Preisen wenigstens brauchbare Qualitäten verlangt. Diese Forderung ist bei den Genussmitteln besonders dringend. Es ist deshalb erfreulich, daß die Firma Kleins Tabakfabriken, o. S.-G., Waldorf i. Baden, die nach ihren eigenen Angaben die deutsche Arbeiterkraft zu den hauptsächlichsten Konsumenten ihrer Marken zählt, besonderen Wert darauf legt, zu möglichst billigen Preisen nur wirkliche Qualitäten zu liefern. Die Firma betrachtet es als ihre Hauptaufgabe, den Rauchern ihrer Tabake den während und nach den Tagessmühen notwendigen belebenden Genuß zu bieten. Es ist deshalb nicht weiter bemerkenswert, daß Kleins Tabake immer mehr die Tabake der breiten Massen werden.

Emser Pastillen
gegen Heiserkeit, Husten u. s. w.
Warnung vor Nachahmungen

Die guten, echten **Leipziger Pelze**
Qualitätsware.
Königs Waid Große Auswahl Wirklich preiswert.
Besonders vorteilhaftes Angebot
Alaska - Felle
Kaufbare Ladung!

Nur **Karl Friedrich** Strauß & Co. 1. Trepp. J. Schorpp, neben Spiegel & Wels. Nähe Schloßplatz. 6122

Rotweine
spanische u. französische
Verschnitt-, Konsum- und Dessertweine
sind mehrere Reservoirs eingetroffen und noch rollend.
Wir offerieren solche billigst.

Ab 10. November Goldzollerhöhung
von 700 auf 900 Prozent
auf 100 Ltr. Wein eine Verteuerung von ca. Mk. 50.—

Franz Fischer & Cie.
Weingroßhandlung Wein- u. Trauben-Import
Fernsprecher Nr. 163. 6293

Hüte Mützen Schirme Stöcke Mützenmacherei

Theodor Zenker
Kaisersstr. 61 gegenüb. der Hochschule

Sport Artikel Umformen alter Hüte Hutmacherei

DRUCKSACHEN
ALLER ART
für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in Schwarz- und Buntdruck

Buchdruckerei „Volksfreund“
Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 24

Künstl. Blumen
5390 Blätter und Bestandteile
W. Sims Nachf., Kreuzstraße 4

Stärke
Leib- und Haushalt-
Wäsche
übernimmt bei kurzer Lieferzeit
Camptisch-Anstalt
A. Lau
Karlsruhe
Annahmestellen:
Aupartenstraße 37. Laden
Schererstraße 10a. Schützenstr. 48. Laden
Sofienstr. 13. Laden
Waldhornstr. 31. Laden (Eingang Zähringerstraße).
Knieleingen: Hauptstr. 94. Laden

Hasen-Kaninchen
u. a. Felle werden heiß angekauft Jahrgang 50. Tel. 2051. Karabanoß.

Leipziger Pelze
Qualitätsware.
Königs Waid Große Auswahl Wirklich preiswert.
Besonders vorteilhaftes Angebot
Alaska - Felle
Kaufbare Ladung!

Nur **Karl Friedrich** Strauß & Co. 1. Trepp. J. Schorpp, neben Spiegel & Wels. Nähe Schloßplatz. 6122

